

Bildung einer rechtsextremen Fraktion gescheitert

Front National ohne großen Einfluss im Europaparlament / Wilders nimmt Mandat nicht an

nbu. BRÜSSEL, 24. Juni. Im Europäischen Parlament wird es vorerst keine rechtsradikale Fraktion geben, womit das Gewicht der EU-kritischen Abgeordneten insgesamt deutlich geringer sein wird als ihr Wahlergebnis bei der Europawahl. Das Bündnis um den französischen Front National (FN) scheiterte daran, Abgeordnete aus sieben Ländern zu vereinen, wie das in Straßburg zur Bildung einer Fraktion vorgeschrieben ist. Der niederländische EU-Gegner und Islamfeind Geert Wilders, der die Fraktion mit der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen gründen wollte, verzichtete aus diesem Grund darauf, sein Mandat anzunehmen.

An der geplanten Fraktion wollten neben dem FN und Wilders' Partei der Freiheit die österreichische FPÖ, der belgische Vlaams Belang und die italienische Lega Nord teilnehmen. Offenbar kam kei-

ne Zusammenarbeit mit dem „Kongress der neuen Rechten“ aus Polen zustande, der das Frauenwahlrecht abschaffen, die Monarchie einführen und Verkehrsregeln aufheben will. Der FN teilte mit, man habe die eigenen Werte nicht in Frage stellen wollen, werde aber weiter versuchen, eine Fraktion zu bilden.

Im Europaparlament hat ein Abgeordneter ohne Fraktionszugehörigkeit praktisch keinen Einfluss. Über die Fraktionen werden die wichtigen Ausschussposten besetzt, sie erhalten zusätzliche Mitarbeiter und mehr Redezeit. Das euroskeptische Lager wird nun im Wesentlichen durch die gemäßigtere Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ unter Führung der britischen Unabhängigkeitspartei vertreten, die schon in der vergangenen Legislatur bestand. Sie konnte vor allem die neuen Abgeordne-

ten der Fünf-Sterne-Bewegung aus Italien für sich gewinnen und stellt 48 der 751 Abgeordneten. Andere euroskeptische Bewegungen, wie die deutsche AfD, die Wahren Finnen und die Dänische Volkspartei, haben sich dagegen der konservativen Fraktion (ECR) um die britischen Tories angeschlossen, die die EU nicht grundsätzlich in Frage stellt.

Die Christlichen Demokraten (EVP) und die Sozialdemokraten im Parlament verständigten sich am Dienstag darauf, dass der SPD-Politiker Martin Schulz nur für zweieinhalb Jahre noch einmal Parlamentspräsident wird. Danach geht das Amt an die EVP. Beide Parteien vereinbarten eine enge inhaltliche Partnerschaft, die über ihre bisherige Zusammenarbeit hinausgehen soll, ohne eine formale Koalition zu werden. (*Kommentar Seite 8.*)